

**Stellungnahme des
Landesverbandes Erneuerbare Energien NRW e.V.**

zum

**„Netzentwicklungsplan 2012“
Entwurf der Übertragungsnetzbetreiber
(Stand: 30. Mai 2012)**

Stand: 10. Juli 2012

Kontakt:

Landesverband Erneuerbare Energien NRW e.V.

Corneliusstraße 18

40215 Düsseldorf

Jan Dobertin (Geschäftsführer)

Telefon: 0211-1596 1395

E-Mail: jan.dobertin@lee-nrw.de

Allgemein:

Der Landesverband Erneuerbare Energien NRW e.V. (LEE NRW) setzt sich für faire Rahmenbedingungen beim Ausbau der erneuerbaren Energien in Nordrhein-Westfalen ein. Vor diesem Hintergrund, möchten wir von der Möglichkeit einer Stellungnahme zum „Netzentwicklungsplan 2012“ Gebrauch machen. Hier unsere wesentlichen Kritikpunkte:

I. Kritik an den Annahmen

Hierbei gilt es zunächst kritisch anzumerken, dass das Szenario A des Netzentwicklungsplans (NEP) sich am energiepolitischen Konzept der Bundesregierung aus dem Jahr 2010 orientiert. Auch wenn das Szenario nach dem Ausstieg aus der Atomenergie im Jahr 2011 dahingehend aktualisiert wurde, dass die fehlenden Kapazitäten an Atomkraftwerken durch zusätzliche Kohlekraftwerke ersetzt wurden, ist das Szenario A keine geeignete Grundlage für die Aufstellung des Netzentwicklungsplans, da die selbst gesetzten energie- und klimapolitischen Ziele der Bundesregierung sich in diesem Rahmen nicht erfüllen lassen.

Weiterhin findet in den Szenarien B und C aus unserer Sicht eine zu starke Betonung von Ausbaupotentialen der Offshore-Windenergie in Deutschland statt. So gehen diese Szenarien bis zum Jahre 2022 von einer installierten Windenergieleistung auf See von 13 Gigawatt, bzw. knapp 17 Gigawatt aus. Das Szenario B 2032 rechnet sogar mit einem Ausbau der Offshore-Leistung auf 28 Gigawatt bis zum Jahre 2032. Angesichts des derzeitigen Ausbaustandes, den aktuell hohen Vergütungssummen (mit 19 Cent pro kWh rund doppelt so hoch, wie für Windenergieanlagen an Land) sowie der Kosten für die Netzanbindung, (geschätzte 12 Mrd. €) halten wir es insbesondere im Hinblick auf die Kosteneffizienz der Energiewende für unrealistisch und nicht zielführend, von einem solchen Ausbau der Offshore-Technik auszugehen.

Grundsätzlich gilt für den Netzausbau: Je dezentraler die Versorgung, desto geringer der Bedarf an teuren und akzeptanzschwachen Überlandleitungen. Dies gilt vor allem für den für NRW bedeutsamen Korridor A – Emden-Osterath sowie Osterath-Philippsburg. Gerade für ein Transitland wie Nordrhein-Westfalen ist die Frage, ob die Windenergie verstärkt im Binnenland oder an der See ausgebaut wird, besonders wichtig. Langfristig wird es den Anwohnerinnen und Anwohnern nur schwer vermittelbar sein, dass sie anstatt in dezentralen Bürgerenergieprojekten und mit regionalen Wertschöpfungseffekten ihre Energieversorgung vorrangig selbst zu regeln, ihren Strom aus zentralen, teuren Offshore-Windprojekten

beziehen und dafür zugleich noch zusätzliche Hochspannungsleitungen in ihrer Region akzeptieren sollen.

II. Kritik an der fehlenden Berücksichtigung der Potentiale moderner Netztechnik

Zwar begrüßen wir es, dass im vorliegenden Netzentwicklungsplan erstmals für Deutschland die Anwendung der Hochspannungsgleichstromübertragungen (HGÜ) vorgeschlagen wird, bemängeln jedoch, dass das vorhandene Potential möglicher Umrüstungen dabei kaum in Betracht gezogen wird.

Dabei könnte der Ausbau der Netze vor allem durch die Umrüstung von 380 KV-Trassen in 400 KV-Hochspannungsgleichstromübertragungen (HGÜ) reduziert werden. Die Umbaukosten von Drehstrom auf Gleichstromsysteme erzeugen lediglich 1/3 der ansonsten anfallenden HGÜ-Neubaukosten. Anders als bei bisherigen Freileitungen kann beim Ausfall eines HGÜ-Systems eine entsprechend parallel verlaufende HGÜ-Leitung die dann notwendige doppelte Übertragungsleistung problemlos übernehmen. Fraglich ist, warum angesichts solcher Vorteile eine Umrüstung von Drehstrom auf Gleichstromsysteme lediglich für eine einzige Strecke im Netzentwicklungsplan vorgesehen wurde.

Weiterhin wurde das Potential, das sich aus einer Verbindung, bzw. aus so genannten Hybridsystemen von parallel geführten Gleichstrom- und Drehstromtrassen ergibt, nicht erörtert. So kann auch der partielle Ersatz einer 380 KV Leitung durch eine 400 KV-HGÜ-Leitung die Netzkapazitäten deutlich erweitern, bzw. so den Netzausbaubedarf minimieren. Hinzu kommt, dass auch eine gemeinsame Führung mit 110 KV-Leitungen und Bahnstromleitungen ausführbar ist, ein Vorteil, der im vorliegenden Dokument nicht aufgegriffen wird. Auch andere Möglichkeiten der Netzentlastung, wie z.B. die Optionen des Lastmanagements (Demand-Side-Management) oder der Netzverstärkung z.B. durch Temperatur-Monitoring erfahren im Netzentwicklungsplan eine zu geringe Beachtung.

Fazit:

Erneuerbare Energien sind vom Kern her eine dezentrale Technologie. Der LEE NRW fordert daher ausdrücklich, dass der Netzausbau sich grundsätzlich den technischen Erfordernissen einer regenerativ betriebenen Stromerzeugung anzupassen hat und dezentralen Strukturen folgt. Nicht die Netze dürfen das zukünftige Energiesystem bestimmen, sondern umgekehrt. So sind ein verstärkter Klimaschutz und der Ausbau der regenerativen Energien gesellschaftliche Leitentscheidungen, denen die Netzbetreiber bei der Planung des Aus- und Umbaus der Netze nachkommen müssen.

In diesem Sinne würden wir uns über eine Berücksichtigung unserer Anregungen im weiteren Verfahren freuen und stehen Ihnen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Andreas Düser

(Vorstandsvorsitzender LEE NRW)



Jan Dobertin

(Geschäftsführer der LEE NRW)